Grundsatzpapier

Was kann die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zur Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur beitragen?

„Wer nach Gerechtigkeit und Güte strebt, findet Leben und Ehre.“

Sprüche 21,21

Präambel

Viele Menschen der Bürgerbewegung, die zur friedlichen Revolution des Jahres 1989 geführt hat, waren evangelisch sozialisiert und verstanden sich als Christinnen und Christen, die sich in ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen für die Zukunftsfähigkeit ihres Landes eingesetzt haben. Evangelische Kirchengemeinden gewährten oppositionellen Gruppen ein Dach, unter dem sie zusammenkommen, sich vernetzen und Unterstützung finden konnten.

Voraussetzung dieser Offenheit für die Menschen und die politischen Anliegen der Oppositionsbewegung war ein Lernprozess, in dessen Verlauf die evangelische Kirche die Inhalte des Konziliaren Prozesses als Teil ihres Verkündigungsauftrages erkannt hatte. Angesichts der kollektiven Perspektivlosigkeit in der DDR-Gesellschaft sowie der bedrückenden realsozialistischen Zustände fühlten sich viele Bürger im eigenen Land heimatlos. Sie sehnten sich nach einer offenen Gesellschaft, nach Freiheit und einem selbstbestimmten Gemeinwesen. Der Einsatz von Protestanten für Gerechtigkeit, Frieden, und Bewahrung der Schöpfung zeigte endlich eine Perspektive auf. Vor allem aber durchbrach dieser Prozess die staatlich verordnete Verleugnung realer Probleme. Damit wurde in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine gesellschaftliche Dynamik befördert, der sich immer mehr Sympathisanten anschlossen.

Ohne das Bewusstsein dafür, dass der politische Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wesentlich zur Bezeugung des Evangeliums der Freiheit in Wort und Tat dazugehört, wäre der Beitrag der Kirche zur friedlichen Revolution nicht möglich gewesen. Ohne ein theologisches Bewusstsein für die Bedeutung der Menschenrechte wäre der Dialog mit den oppositionellen Gruppen nicht entstanden. Die Friedensgebete haben maßgeblich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der großen Demonstrationen des Jahres 1989 ermutigt und zu Gewaltlosigkeit motiviert.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution sind die Folgen der kommunistischen Diktatur aber noch keineswegs überwunden. Viele Menschen leiden bis heute unter den Menschenrechtsverletzungen, die sie durch das DDR-Regime erfahren haben.
Was ist heute der Auftrag der Kirche? Drei Aspekte sind zu nennen:

1. Der *Seelsorgeauftrag* verpflichtet die evangelische Kirche und ihre Diakonie dazu, diejenigen seelsorglich und beratend zu begleiten, deren Leben bis heute durch die Folgen der DDR-Diktatur beeinträchtigt wird.
2. Der *Öffentlichkeitsauftrag* verpflichtet die Kirche, die in der Gesellschaft latent oder offenbar wirksamen Konflikte und Kommunikationsstörungen bewusst zu machen und nach konstruktiven Ansätzen zu suchen, mit denen diese Konflikte überwunden und die kommunikativen Beziehungen geheilt werden können.
3. Der *Verkündigungsauftrag* schließt unverändert den Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Dieser Auftrag ist in einem veränderten Gesellschaftssystem in veränderter Weise wahrzunehmen. Dazu gehört die Frage nach einer angemessenen Gestalt der Kirche.

Das Evangelium der Freiheit in Wort und Tat zu bezeugen, bedeutet deshalb heute für die EKBO, sich an der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu beteiligen. Dabei kann sie nicht nur die Diktaturfolgen für das Individuum in den Blick nehmen. Von den Nachwirkungen der Diktatur sind bis heute nicht nur Einzelne, sondern ist auch das gesellschaftliche Leben insgesamt geprägt.

Der Auftrag der Kirche verpflichtet die EKBO, im Geist der Versöhnung nach Gerechtigkeit zu suchen und so als Teil der Zivilgesellschaft in der Zusammenarbeit mit anderen Partnern ihren Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft zu leisten: „Wer nach Gerechtigkeit und Güte strebt, findet Leben und Ehre.“ (Sprüche 21,21)

1. Beraten und Betreuen

Menschen, die zur Zeit des DDR-Regimes Menschenrechtsverletzungen erdulden mussten, können bis heute unter seelischen Verletzungen und Verhärtungen sowie gesundheitlichen Schädigungen und soziale Benachteiligungen leiden. Die Evangelische Kirche kann Betroffenen Beratung und Betreuung anbieten:

- Pfarrerinnen und Pfarrer sind für ein Seelsorgegespräch ansprechbar. Sie können zugleich auf weitergehende therapeutische Möglichkeiten hinweisen.
- Gemeinden können Räume zur Verfügung stellen für informative, thematische oder beratende Veranstaltungen von Initiativen, Selbsthilfegruppen oder staatlichen Beauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur.
- Gemeinden können eigene Veranstaltungen anbieten, um Betroffenen die Gelegenheit zu geben, in angemessenem Rahmen einen Zugang zur Auseinandersetzung mit den eigenen Leidenserfahrungen zu finden.

2. Verstehen ermöglichen

Zum Auftrag der Kirche gehört auch, diejenigen in den Blick zu nehmen, die bis 1989 in das System der DDR mit seinem Herrschaftsapparat verstrickt waren und anderen Schaden zugefügt haben. Auf der Grundlage unseres christlichen Verständnisses von der Fehlbarkeit eines jeden Menschen kann die Kirche zur Auseinandersetzung mit eigenen Fehlern und Irrtümern ermutigen und ein gesellschaftliches Klima befördern, das eine Umkehr zulässt und achtet. Für diese Zielgruppe sind Veranstaltungen und beratende Gespräche hilfreich. Hierfür werden Räume geboten, in denen das Hören und Nachvollziehen der Erfahrungen möglich wird, sowohl derer, die Unrecht erlitten, als auch derer, die Unrecht verantwortet haben. Ziel solcher Gespräche ist es, einen Ansatz für gegenseitiges Verstehen zu finden.

Insbesondere können

- Gemeinden Veranstaltungen anbieten, in denen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen in ihrer DDR-Biographie zu Wort kommen (z.B. „Biographie-Abende“)
- Erwachsenenbildungsveranstaltungen und Akademieveranstaltungen über thematische Zugänge zur persönlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit motivieren.

3. Aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen

Der Öffentlichkeitsauftrag verpflichtet die Kirche, sich aktiv in den gesellschaftlichen Diskurs einzumischen. Dies gilt insbesondere, wenn die Folgen der DDR-Diktatur verdrängt, Konflikte verharmlost und Ungerechtigkeiten hingenommen werden. Die Kirche steht an der Seite der Stummen und an den Rand Gedrängten. Sie wird sich in der Tradition des Konziliaren Prozesses besonders dann zu Wort melden, wenn …

- Verantwortlichkeiten im DDR-Regime verschleiert werden

- ungerechte Maßnahmen der DDR-Regierung (zum Beispiel Enteignungen, Zwangskollektivierungen, Verfolgung von Andersdenkenden) verharmlost werden
- politische oder religiöse Ideologien totalitärer Art verbreitet oder verharmlost werden
- der Öffentlichkeitsauftrag der christlichen Kirchen bestritten wird
- eindimensionale Zuschreibungen und Rollenzuweisungen vorgenommen und verfestigt werden
- zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird
- der innergesellschaftliche Frieden gestört
- die Menschenrechte in Wort und Tat verletzt werden
- oder unverantwortlich mit der Schöpfung umgegangen wird.

Die Sensibilität der aus der ehemaligen DDR stammenden Bürgerinnen und Bürger für das keineswegs selbstverständliche Privileg des Lebens in einer freiheitlich-pluralen Gesellschaft ist ein hohes Gut. Wer einmal selbst unter einem Unrechtsstaat gelitten hat, kann sich aufmerksamer für die Bewahrung der Freiheit einsetzen.
Die EKBO muss bei ihrem gesellschaftlichen Engagement auch auf eine selbstkritische Positionierung in der gegenwärtigen Gesellschaft achten.

4. Die eigene Aufarbeitung von Schuld kritisch reflektieren

Glaubwürdig ist die EKBO als Subjekt der Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur nur dann, wenn sie sich selbstkritisch und transparent zu der Art und Weise bekennt, wie in den letzten gut zwanzig Jahren in den eigenen Reihen Schuld aufgearbeitet oder verdrängt, Vergebung gewährt oder verweigert, Versöhnung ermöglicht oder verhindert wurde.
Um diese kritische Selbstreflexion zu realisieren wird die EKBO in ihrer Akademiearbeit einen thematischen Schwerpunkt auf die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte in der DDR und ihren eigenen Umgang mit ihrer Verflechtung in Schuldzusammenhänge setzen. Die Erkenntnisse dieser Aufarbeitung müssen öffentlich diskutiert und für die Frage nach einer glaubwürdigen Gestalt der Kirche in der Gegenwart fruchtbar gemacht werden.
- Anzustreben ist ein an der Akademie angebundenes Forschungsprojekt, das sich der kritischen Selbstreflektion der eigenen Geschichte widmet.

5. Bildungsverantwortung wahrnehmen

Auch über zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution werden immer noch verfestigte Geschichtsbilder tradiert. Die EKBO trägt deshalb in ihrer Bildungsarbeit (Konfirmandenunterricht, Religionsunterricht, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Hochschularbeit, in den Akademien und in den Evangelischen Schulen) dazu bei, dass die gesellschaftliche Realität der DDR und die Geschichte der friedlichen Revolution aus verschiedenen Perspektiven wahrgenommen werden.

- Ein Schulbuch bzw. Schulmedienpreis soll ausgeschrieben werden, um vorbildliche pädagogische Vermittlung der Geschichte der DDR zu würdigen und bekannt zu machen.
- Die Evangelische Akademie wird zu einem Kongress einladen, in dem die Frage nach dem DDR-Bild in Schulbüchern, Medien und in den Familien diskutiert wird.

Beschlossen von der Kirchenleitung der EKBO am 27.5.2011